



DGB

Landtagswahl 2013 in Niedersachsen

Noch 6 Wochen bis zur Wahl gibt es dann einen gesetzlichen Mindestlohn?

Rund 570.000 Beschäftigte in Niedersachsen verdienen weniger als 8,50 Euro pro Stunde, zweidrittel davon sind Frauen. Mit Armut trotz Arbeit muss Schluss sein. Der DGB fordert deshalb die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohnes nicht unter 8,50 Euro. Als ersten Schritt braucht Niedersachsen ein Landesmindestlohngesetz.

Was meinen die Parteien dazu?

Die **CDU** will keinen „politisch motivierten gesetzlichen Mindestlohn“, sondern eine tariflich ausgehandelte Lohnuntergrenze. Eine Kommission der Tarifpartner soll Lohnuntergrenzen für Branchen festlegen, in denen keine Tarifbindung besteht. Ein Landesmindestlohngesetz hält die CDU nicht für geeignet, die Kooperation der Tarifpartner zu stärken.

Die **SPD** will sich auf Bundesebene für flächendeckende, gesetzliche Mindestlöhne einsetzen und ein Landesmindestlohngesetz einführen. Alle Beschäftigten des Landes, der Kommunen und von Betrieben, die im Eigentum von Land und Kommunen stehen, erhalten dann einen Mindestlohn von 8,50 Euro.

Die **FDP** in Niedersachsen lehnt einen Mindestlohn in jedweder Form entschieden ab. Die Höhe der Löhne soll weiterhin von Tarifpartnern ausgehandelt werden.

Bündnis 90/Die Grünen wollen sich auf Bundesebene für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes von 8,50 Euro einsetzen. Sie fordern ein Landesmindestlohngesetz nach Bremer Vorbild. Öffentliche und staatlich geförderte Arbeitgeber müssen dann mindestens 8,50 Euro an ihre Beschäftigten zahlen.

Die **Linke** befürwortet die Einführung eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland in Höhe von derzeit 10 Euro. Außerdem will die Linkspartei ein Landesmindestlohngesetz auf den Weg bringen.

Ute Werthmann,
NGG-Mitglied und
Beschäftigte bei
Coca-Cola Erfri-
schungsgetränke AG
am Standort Hildes-
heim betont: „Ich bin
für den Mindestlohn,
damit ein Minimum
an Existenzsicherung gewährleistet ist und Lohndumping
eingegrenzt wird.“

Am 20. Januar wählen gehen!

